



IM FOKUS **EUROPÄISCHE POLITIK FÜR KINDER UND JUGENDLICHE**

Europäische Politik für Kinder und Jugendliche – wo stehen wir? Einige Überlegungen

GEORG PIRKER — ARBEITSKREIS DEUTSCHER BILDUNGSSTÄTTEN E. V.

Wir sind mit einer Vielzahl an gleichzeitigen wie auch ungleichzeitigen Entwicklungen konfrontiert, die – z. T. globaler Natur – auf die unterschiedlichsten Arten und Weisen auf die heutige und künftige Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen wirken. Verschiedene europäische Politikfelder greifen diese transformativen Entwicklungen auf, in europäischer Jugendpolitik, aber auch in weiteren Politikfeldern, die ebenfalls junge Menschen in Europa betreffen. Eine Standortbestimmung für den Kontext junger Menschen vorzunehmen, bedeutet, einen Blick auf die aktuellen Transformationen zu werfen. Wie sich junge Menschen als Teil unserer in Metamorphosen befindlichen Gesellschaften selbst entwickeln, ist spekulativ, da wir die Transformation auf Basis von gemachten Erfahrungen interpretieren, und zugleich – je nach Betrachtungsweise – diese Herausforderungen mit Wünschen oder Ängsten zukünftiger Entwicklungen versehen. Ob am Ende also der Schmetterling oder der Käfer steht, hängt stark von unserem Blick auf Jugend ab, aber eben in noch stärkerem Maße vom Blick, den junge Menschen selbst haben.

Im Folgenden sollen einige europäische und internationale Politikfelder aufgezeigt werden, in denen die Belange junger Menschen konkret mitverhandelt werden. Anhand von drei Entwicklungsfeldern – digitaler Wandel, Klimawandel, die Frage von Krieg und Frieden – soll auf Herausforderungen junger Menschen im Kontext der Wahlen zum Europaparlament eingegangen werden. Schließlich will der Autor konzeptionell mit dem Feld Youth Work einen Korridor genauer betrachten, in dem Jugend(sozial)arbeit einen sinnvollen Handlungsrahmen ausdefinieren könnte.

Nüchtern betrachtet, gab es auf Europas (EU, Europarat) politischer Agenda noch nie so viel „Jugend“ wie jetzt. Das zeigt sich nicht nur in aktuellen jugendpolitischen Vorhaben, sondern auch in vielen anderen programmatischen Politikdokumenten unterschiedlichster Felder, wie z. B. Bildung.

Im Bereich Jugend sind in den letzten Jahren mit der Europäischen Jugendstrategie 2019–2027, der Jugendsektorstrategie des Europarats 2030 und der European Youth Work Agenda (2020) einige wirkmächtige Instrumente geschaffen worden, die die Belange junger Menschen politisch gestaltend in den Blick nehmen. Im Hinblick auf die wachsenden Herausforderungen an die Demokratie wird dabei vor allem die strukturelle Entwicklung des Felds Youth Work als ein wichtiger Bestandteil zur Unterstützung Jugendlicher als Akteure konfliktresilienter demokratischer Gesellschaften formuliert.

Für den Bildungsbereich wurde mit der *Charter for Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education* 2011 im Europarat ein wichtiges Rahmeninstrument verabschiedet, das die verschiedenen Bereiche non-formaler, formaler und informeller Bildung integriert. Um die Wirkung dieses Instruments zu überprüfen, wird in den verschiedenen Mitgliedstaaten des Europarats seitdem in regelmäßigen Abständen eine Bestandsaufnahme (Stocktaking) hierzu gemacht. Es ist eminent wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass die Charta auf alle Akteure der formalen, non-formalen und informellen Bildung rekurriert und Jugendarbeit, Jugendorganisationen, zivilgesellschaftliche Organisationen explizit beinhaltet.

Der 2015 ebenfalls vom Europarat verabschiedete Referenzrahmen *Kompetenzen für eine Demokratische Kultur* stellt den zentralen Baustein für ein feldübergreifendes Wirken auch im Kontext von Jugendarbeit dar. Die Ratsempfehlung zu Jugendarbeit des Ministerrats des Europarats von 2019 beinhaltet schließlich konkret die Empfehlung der Entwicklung einer strukturellen Komponente von Jugendarbeit sowie einer Agenda on Youth Work. Mit der Etablierung eines *European Space for Citizenship Education* wird im Europarat, in einem Europa zunehmend polarisierter Demokratiepolitiken, ein Prozess in Gang gesetzt, der Bildung und Jugendarbeit in den größeren Kontext von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten einzubetten sucht.

Bildung und Jugend sind Politikfelder, die primär in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen. Es gibt also vordergründig relativ wenig Einfluss und Gestaltungsspielraum. Dennoch hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Herausforderungen, vor denen junge Menschen in Europa stehen, durchaus ähnlicher Natur und gemeinsame europäische Rahmen und Politiken – um es kurz zu sagen – zumindest nicht schädlich sind. Vor diesem Hintergrund kommt Fragen, wie beispielsweise der nach der Ausgestaltung einer Profession Bildner*in/Jugendarbeiter*in, eines Arbeitsfelds, aber auch Fragen nach Kompetenzen, die wichtig für junge Menschen in Europa sind, eine hohe Bedeutung zu. Um die verschiedenen auf europäischen Ebenen entwickelten Kompetenzrahmen wie das *Reference Framework of Competences for Democratic Culture* (RFCDC), die *European Training Strategy* (ETS), verbunden mit dem *Youth Workers Competence Model*, das *Entrepreneurship Competence Framework* (EntreComp) und das *Digital Competence Framework for Citizens* (DigComp) aber auch die sogenannten Transversalen Kompetenzen hat sich mittlerweile eine intensive und fachlich dichte Debatte entwickelt. Zu den Transversalen Kompetenzen werden u. a. eine aktive mehrsprachige Kommunikation in Wort und Schrift, Offenheit gegenüber verschiedenen sozialen und kulturellen Normen, gutes Informations- und Wissensmanagement, kritisches Denken sowie Kooperations- und

Selbstreflexionsbereitschaft gezählt. Die Debatte strahlt auf die unterschiedlichen Arbeitsfelder und Politiken im Bereich Bildung und Jugend aus und steht in engem Bezug zu wesentlichen Aspekten einer demokratischen, nachhaltigen und gerechten Ausgestaltung globaler Transformationen, die junge Menschen in Europa betreffen.

Grundrechte und Schutz vor Diskriminierung, wie sie in der Europäischen Grundrechtecharta festgehalten sind, sind stark mit Fragen zu den Grundlagen eines gerechten und gesunden Aufwachsens, den gleichen Chancen und Rechten verbunden. Sie sind zudem eng verbunden mit dem *European Pillar for Social Rights* (EPSR) (European Commission 2019). Damit ist eine Vielzahl an politischen Gestaltungsaufgaben verknüpft, die junge Menschen von klein auf ganz konkret betreffen. Die drei Kapitel (I) *Equal Opportunities and Access to the Labour Market*, (II) *Fair Working Conditions* und (III) *Social Protection and Inclusion* spiegeln eine ganze Reihe von Aufgaben wider, die in Deutschland in jüngster Zeit Gegenstand hitziger politischer Diskussion waren und sind, so z. B. die Kindergrundsicherung, aber auch eher unstrittige Vorhaben wie die Jugendgarantie. Im Kontext des EPSR ist auch eine Vielzahl von Maßnahmen der Jugendsozialarbeit und dabei insbesondere der Jugendberufshilfe zu sehen, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) überhaupt erst realisierbar werden. Gerade die aus der Grundrechtecharta abgeleiteten europäischen (und nationalen) Schutz- und Antidiskriminierungspolitiken, verbunden mit den entsprechenden europäischen und nationalen Programmen, sind von hoher Relevanz für die Jugendarbeit. Als Beispiel dafür ließe sich hier die Ausgestaltung des im Justizbereich angesiedelten EU-Programms *CERV* (Citizens, Equality, Rights, Values) geförderten Projekt *Start2 Act, Präventionskonzepte sexualisierter Gewalt* der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) zum Schutz von Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt nennen.

Mit der UN-Agenda für Nachhaltige Entwicklung, der UN Youth Strategy 2030, aber auch den nationalen Gestaltungsvorhaben im Rahmen der UN Youth, Peace and Security Agenda werden wirkmächtige internationale Rahmenvereinbarungen etabliert, die Einfluss auf die europäische Politik bzw. auf der Ebene der Mitgliedstaaten der EU oder des Europarats mit bestehenden Vorhaben und Aktivitäten verknüpft werden. Ziel ist, junge Menschen bei der Gestaltung und Bewältigung der verschiedenen und vielfach verknüpften globalen Transformationsprozesse zu unterstützen.

Viele der europäischen Programme sind zur Mitte des MFF (mehrjähriger Finanzrahmen der EU 2021–2027) aktuell in der Zwischenevaluation. Gerade im Jugend- und Bildungsbereich finden Diskussionen statt, wie mit den vorhandenen Mitteln und Programmen noch stärker die

Themen Klimagerechtigkeit, Demokratie und digitaler Wandel fokussiert und wie Jugendliche stärker in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden können.

Im Rekurs auf die Wahlen

Die zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags gerade mal druckfrischen Wahlergebnisse der EU-Wahl vom 9. Juni 2024 zeitigen in Deutschland ein uneinheitliches und vor allem verstörendes Bild im Wahlverhalten junger Menschen ab 16 Jahren (das im Übrigen – relativ unabhängig von der Wahlbeteiligung – recht kongruent zu anderen Alterskohorten scheint): Weder sprechen junge Menschen politisch mit einer Stimme, noch scheinen die Interessen der 16- bis 29-Jährigen politisch deckungsgleich. Ein signifikanter Anteil junger Menschen scheint einer Fundamentalopposition zum demokratischen parteipolitischen Spektrum zugetan zu sein. Zudem erweckt es den Anschein, dass junge Menschen offen für neue Parteizusammenschlüsse sind, deren Anliegen sie im traditionellen Spektrum schlecht repräsentiert sehen (Tierschutzpartei, Volt ...). Über Europa verteilt, ist der Trend zum Rechtspopulismus nicht einheitlich. Auch sind die unter dem Schlagwort rechts/extrem rechts zu verortenden Parteien europaweit weniger homogen als gemeinhin vermutet, wie die Distanzierungen relevanter rechter Parteien aus anderen europäischen Ländern zur AfD im Vorfeld der Wahl zeigten (Frankreich, Italien). Einhergehend mit dem Rechtsruck, der sich in der Europawahl in einer starken konservativen EVP-Fraktion mit inhaltlich fließenden Übergängen zu Anliegen weiter rechts orientierter Parteiengruppierungen niederschlägt, erfahren in mehreren Ländern z. T. signifikante Gegenströmungen aus dem liberalen, linken, sozialdemokratischen Spektrum großen Zuspruch (Polen, Slowakei, Finnland, Schweden).

Über die Frage, wie es in Deutschland trotz zahlreicher Skandale innerhalb der Altersgruppen 16 bis 29 Jahre trotzdem zu einer dermaßen signifikanten Mobilisierung für die AfD kam, sollte man sich den Kopf gründlich zerbrechen. Auch wegen der anstehenden Landtagswahlen und erst recht, weil die Europawahlen – anders als oft dargestellt – durchaus einen wichtigen Bezug zu nationalen Kontexten haben. Etwa 60 Prozent der Gesetze, die in Deutschland verabschiedet und umgesetzt werden, haben einen Bezug zu EU-Rechtssetzungen. Wesentliche globale Herausforderungen, die unsere Gesellschaften bewegen, werden auf der europäischen Ebene maßgeblich bearbeitet. Vor diesem Hintergrund kann man eigentlich nicht von einer Wahl sprechen, die isoliert zu betrachten ist und mit Wahlen auf der Länder- und Bundesebene wenig zu tun hat. Im Lichte



der großen Entscheidungen der letzten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (beispielsweise AI Act, Digital Services and Digital Markets Act, Circular Economy ...) ist es berechtigt, die Frage zu stellen, wo wir diesbezüglich mit den neuen Mehrheitsverhältnissen stehen würden.

Digitaler Wandel

Wichtig erscheint vor allem ein Punkt: Die Wähleransprache (oder auch das *community building*) der AfD (wie beispielsweise auch der österreichischen FPÖ) über eigene Infokanäle, sei dies TikTok oder andere Social-Media-Plattformen, verfängt. Und sie führt dazu, dass Menschen in ihrer eigenen Informationsrealität stranden. Hier verstärkt anzusetzen, wäre für Jugendarbeit – genauso wie Schule – eminent wichtig. Es geht dabei weniger um die „klassischen“ Hate-speech-/Fake-News-Bearbeitungen, als vielmehr darum, junge Menschen bereits frühzeitig darin zu unterstützen, eine erweiterte machtkritische Medienkompetenz aufzubauen, die auf technische, soziale, kulturelle, ökonomische und politische Dimensionen von Digitalisierung fokussiert und sie dabei unterstützt, ihre Perspektiven auf Digitalisierung zu entdecken und diese demokratisch und menschenrechtsbasiert mitzugestalten. Dies ist nicht nur unter dem

Aspekt einer verstärkten politischen Bildung, sondern ganzheitlich als Aufforderung an Jugendarbeit als Digital Youth Work zu verstehen. Dem Autor hängt noch der Ausspruch eines ehemaligen Vorsitzenden eines der größeren Landesjugendringe anlässlich einer Tagung in der Akademie für politische Bildung in Tutzing im Juni 2022 in den Ohren: „Social Media und Fake News, Digitalisierung – können wir alles.“ Wir sollten uns (Meinung des Autors) vielleicht schon ein bisschen selbstkritisch an die Nase fassen!

Klimawandel und Nachhaltigkeit

Ein zweites Feld, das augenscheinlich auch bei den Wahlen zum Europaparlament eine wichtige Rolle spielte, ist der politische Umgang mit dem Klimawandel: Bereits im Vorfeld der Wahlen bewiesen die EU-Kommission und die verschiedenen Fraktionen im Europäischen Parlament, dass sie bereit und in der Lage sind, angesichts multipler Krisenlagen flexibel im Umgang mit Klima- und Nachhaltigkeitszielen zu sein. Der Umgang mit dem Klimawandel als einer zentralen Herausforderung, die sich auf das Leben und die Möglichkeiten junger Menschen global heute wie künftig massiv auswirkt, ist auf europäischer Ebene zu einer politischen Verhandlungsmasse geworden. Angesichts der veränderten

Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament, die Mehrheiten „rechts der Mitte“ ermöglichen, zeichnen sich auf diesem Feld weitreichende Zielkonflikte ab. Deren Auswirkungen werden vermutlich weniger in den direkt junge Menschen betreffenden Europäischen Programmen zu spüren sein, sondern in den globalen Richtungsentscheidungen (Marktregulierung, Emissionszertifikate, Kapitalmarktregulierung u. a.), die das Leben der jüngeren Generationen mittelbar und unmittelbar betreffen. Gerade vor diesem Hintergrund erscheint es wichtig, dass die direkt auf Jugend fokussierten Politikbereiche in Europa nicht zu einem Resilienz-Feigenblatt verkommen, das junge Menschen irgendwie dabei unterstützen soll, mit den globalen Veränderungen einen Umgang zu finden. Dass junge Menschen bei der Europawahl sowohl konservativ und rechts gewählt als auch neuen Parteien mit einem spezifischen Profil zu Umwelt- und Klimaaspekten ihre Stimmen gegeben haben, untermauert nachdrücklich ihre Suche nach Antworten und Orientierung. Aber auch, dass der Umgang mit der Thematik ein viel wichtigeres Aufgabenfeld für Jugendarbeit werden muss.

Krieg oder Frieden

Die Suche nach tragenden Antworten auf und den Umgang mit den Kriegen in der Ukraine und in Gaza ist ein drittes Feld der Herausforderung, stellen doch beide Kriege grundsätzliche Werte der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit infrage. Der Krieg in der Ukraine ist Resultat einer brutalen, machtpolitischen, Recht, Werte und Normen verachtenden Politik Russlands. Der Krieg in Gaza wurde hervorgerufen durch die antisemitische und die Staatlichkeit Israels verneinende, menschenfeindliche und antidemokratische Attacke der Hamas am 7. Oktober 2023. Beide Kriege sind auf ihre je eigene Art ein nihilistischer Frontalangriff auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit; sie und ihnen vorausgehend eine ganze Kette von Konflikten seit 9/11 stellen nachhaltig die Charakterisierung des Historikers Eric Hobsbawm eines kurzen 20. Jahrhunderts als Zeitalter der Extreme infrage (vgl. Hobsbawm 1994). Mehr noch: Die gesellschaftspolitischen Konflikte um den Umgang mit den Kriegen eröffnen einen Einblick in das Dilemma liberaler Demokratien (aber nicht nur dieser), die für politische Gemeinwesen eminent wichtige Orientierung in völlig entgrenzten und individualisierten Gesellschaften zu schaffen.

Alle drei Herausforderungen sind durch den englisch-polnischen Soziologen Zygmunt Bauman in seinem Buch *Liquid Times: Living in the Age of Uncertainty* (2007) beschrieben als die sprichwörtliche Unmöglichkeit, tragende gesellschaftspolitische Utopien zu formulieren. Auf diese ist die liberale Demokratie angewiesen. Die Frage danach, wie wir zusammen leben wollen, ist ein wesentlicher Bestandteil von Jugendarbeit. Angesichts der Krisenhaftigkeit der Umbrüche und damit einhergehend eines sich vom Positiven zum Negativen wandelnden Begriffs von Fortschritt verbleibt jedoch extrem unklar, ob wir uns nun in einer Metamorphose eher zum Insekt oder zur Prinz*essin befinden.

Die durch die Transformationen hervorgerufenen Umbrüche gehen weltweit vielfach mit der Entwicklung der *shrinking civic spaces* einher. Genauer, der *shrinking democratic spaces*. Bei denen wiederum sind junge Menschen eine der gesellschaftlichen Gruppen, die von der Einengung zivilgesellschaftlicher Gestaltungsräume weltweit massiv (und intersektional) betroffen sind. Die jährlichen Erhebungen im Civic Space Monitor (vgl. CIVICUS 2023) sprechen hierzu eine deutliche Sprache, aber auch das jährliche Civic Space Monitoring der Europäischen Grundrechteagentur (EU FRA). Sei es durch aktive politische Einflussnahme und Beschränkung – wie wir es im Kontext der autoritären Wenden weltweit beobachten können, aber auch durch die globalen Transformationen selbst, die die Entscheidungs-, Handlungsspielräume und Lebensperspektiven junger und künftiger Generationen in zunehmend negativer Weise stark beeinträchtigen.

Die mit den oben beschriebenen Entwicklungen einhergehenden sozialen, politischen und gesellschaftspolitischen Wandlungsprozesse sind besonders für junge Menschen anspruchsvoll. Junge Menschen in Europa stehen vor immensen ökonomischen, politischen, sozialen Herausforderungen, die zu meistern eine mit den Anliegen junger Menschen solidarische Politik im Jetzt fordern. Junge Menschen sind überall in Europa in einer demokratisch-demografischen Minderheit und – wie die aktuellen Wahlen zum Europaparlament zeigen – sind die Antworten, schwer verwunderlich, uneinheitlich und stehen diametral zueinander. Wie damit umgehen? Der Leiter der Jugendabteilung im Europarat, Tobias Flessenkemper (vgl. IJAB 2024), formulierte im Gespräch mit dem IJAB das Wort der Jugendperspektive, wie sie vom Europarat in der Reykjavik-Erklärung eingeführt wurde (vgl. Council of Europe 2023). Diese geht vom Anspruch her über traditionelle Formen der Jugendbeteiligung und der Partizipation junger Menschen deutlich hinaus und wirft – bei aller Vagheit des Begriffs – Dimensionen wie Zeit und Demografie mit in die Waagschale demokratischer Entscheidungsfindung. Die Herausforderungen

und gesellschaftspolitischen Verwerfungen bieten alle Möglichkeiten für junge Menschen: die der Befähigung, aber leider auch die einer umfassenden „Entfähigung“. Beide Dimensionen stecken die Horizonte ab, da die zu findenden Antworten alles andere als konfliktfrei sind, intra- wie inter-generationell. Sie sind in der European Youth Work Agenda (vgl. Rat der Europäischen Union 2020) treffend als das New Normal beschrieben. Dieses New Normal ist alles andere als leicht fassbar und stellt Jugendarbeit als Teilbereich von Youth Work selbst vor die Aufgabe, sich – wo nicht vorhanden – zu entwickeln, sich kritisch zu hinterfragen und aktiv zu wandeln.

Im Begriff des *Critical Youth Work* (vgl. Thimmel/Pirker 2024) und der von der gleichnamigen internationalen (un-)Konferenz in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) vom 12. bis 17. Mai 2024 angestoßenen Debatte wird versucht, dieses Handlungsfeld abzustechen. *Critical Youth Work* als ein Gestaltungsrahmen, der Youth Work als soziale und politische Praxis anerkennt, als eine Methode und Praxis der kritischen Reflexion, Transformation und der Emanzipation, als Handlungs- und Professionsfeld, das Evidenz, Praxis und Advocacy strukturell vereint. Und das seine Gestaltungsaufgabe als eine Perspektive mehr der demokratischen Neugier und des Veränderungswillens denn der *resilience* zu verorten sucht.

Der Prozess, um die European Youth Work Agenda auszugestalten, ist vom Europäischen Ausschuss der Regionen (vgl. AdR 2024) zu Recht in der Umsetzung als mangelnd kritisiert worden. Er ist, wenn man das positiv überhaupt so formulieren kann, extrem ins Stocken geraten.

Es ist daher erfreulich, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nunmehr nach langen Überlegungen einen erneuten Anlauf genommen hat, um die Umsetzung der Agenda in Deutschland mit einer Koordinierungsstelle zielgerichtet zu begleiten. Die Agenda böte einen jugendpolitischen Rahmen, um sich der Herausforderungen und Anliegen junger Menschen ehrlich zu vergewissern und Bewegung in Jugendpolitik, Fachdebatten, Professionsfelder und Strukturen zu bringen. Dass das mit den aktuellen Wahlergebnissen nicht unbedingt leichter geworden ist, liegt auf der Hand. Man vermag kaum einzuschätzen, wie eine europäische politische Rechte, die die EU plötzlich als eigenes politisches Gestaltungsfeld definiert, anstatt dies abzulehnen, die bestehenden Politiken und Programme nach ihrem Gusto auszugestalten versuchen wird und auf diese Weise Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte auszuhöheln sucht. Hierin liegt eine große Herausforderung. Nicht nur, aber besonders für die Fraktion der EVP, so sie ihrem Anspruch, Brandmauer zu sein, tatsächlich nachkommt.



Bleibt die vage Hoffnung, dass Programme in Politikfeldern, die nicht wirklich europäische, sondern eher die der Mitgliedstaaten sind (Bildung, Jugend), eine Weile unbehelligt weiterwirken können und nicht selbst Gegenstand der Polarisierung und Anfeindung werden. Zumindest in den Wahlprogrammen zum Europaparlament waren die Vorstellungen der meisten Parteien zum Thema Jugend und Bildung eher unspezifisch (vgl. LLLP 2024).

Junge Menschen benötigen Unterstützung. Sie sind auf die Infrastruktur von Jugendarbeit, die Anwartschaft durch Profession und Strukturen sowie den politischen gestalterischen und demokratischen Rückenwind für ihre Anliegen mehr denn je angewiesen. Wie die Wahlen zum Europäischen Parlament zeigen, sind für junge Menschen Aushandlungsräume der Demokratie nötiger und wichtiger denn je. Youth Work, die sie dabei als soziale und politische Praxis unterstützt und beginnt, sich ihrer Rolle als Civil-Rights-Akteur bewusst zu werden, kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

LITERATUR

[AdR] Europäischer Ausschuss der Regionen (2024): **Implementing the European youth work agenda and the Bonn Process at the local and regional level in the EU**. Brüssel.

Bauman, Z. (2007): *Liquid Times: Living in the Age of Uncertainty*. Cambridge.

CIVICUS (2023): *Civic Space Monitor*. Online unter: https://monitor.civicus.org/globalfindings_2023/ [Zugriff am 13.6.2023].

Council of Europe (2010): *Europarats Charta zur politischen Bildung und Menschenrechtsbildung (2010)*, original: Recommendation CM/Rec(2010)7 of the Committee of Ministers to member states on the Council of Europe Charter on Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education. Straßburg. Online unter: <https://search.coe.int/cm?i=09000016805cf01f> [Zugriff am 13.6.2024].

ÜBER DEN AUTOR



GEORG PIRKER ist seit 2007 Referent für internationale politische Bildungsarbeit im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) e. V. und aktuell Vorsitzender des AGJ-Fachausschusses II *Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa*. Als Experte für Bildungs- und Jugendarbeit zu Menschenrechten und Demokratie vereint er die Felder Advocacy, Research und Practice im internationalen, europäischen und deutschen IJA-Kontext in zahlreichen Bildungsprojekten, Programmen, Publikationen und als Gesprächspartner.

Council of Europe (2015): *Reference Framework of Competences for Democratic Culture*. Online unter: <https://www.coe.int/en/web/reference-framework-of-competences-for-democratic-culture/rfcdc-volumes>, Straßburg [Zugriff am 13.6.2024].

Council of Europe (2017): *Recommendation CM/Rec(2017)4 of the Committee of Ministers to member States on youth work*. Straßburg. Online unter: <https://search.coe.int/cm?i=0900001680717e78> [Zugriff am 13.6.2024].

Council of Europe (2023): *Reykjavík Declaration. United around our values. Reykjavík Summit of the Council of Europe*. Online unter: rm.coe.int/4th-summit-of-heads-of-state-and-government-of-the-council-of-europe/1680ab40c1 [Zugriff am 13.6.2024].

European Commission (2019): *The European Pillar of Social Rights in 20 principles (2019)*. Online unter: <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1606&langId=en> [Zugriff am 14.6.2024].

European Union Agency for Fundamental Rights (2022, 2023): *Civic Space*. Online unter: <https://fra.europa.eu/de/cooperation/civil-society/civil-society-space> [Zugriff am 13.6.2023].

Hobsbawm, E. (1994): *Age of Extremes – The Short Twentieth Century 1914–1991*. London.

IJAB (2024): „Was sind wir, was wollen wir sein?“ Ein Gespräch zur Jugendpolitik des Europarats mit Tobias Flessenkemper. Bonn. Online unter: www.ijab.de/themen/demokratie-und-menschenrechte/aktuelle-beitraege-zu-demokratie-und-menschenrechten/was-sind-wir-was-wollen-wir-sein [Zugriff 12.6.2024].

[LLLLP] European Lifelong Learning Platform (2024): *Party Programs on EAT at the EP Elections 2024*, (grey paper). Brüssel.

Rat der Europäischen Union (2020): *Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu dem Rahmen für die Festlegung einer Europäischen Jugendarbeitsagenda*. Online unter: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13185-2020-INIT/de/pdf> [Zugriff am 13.6.2024].

Thimmel, A./Pirker, G. (2024): *Critical Youth Work in Europa*, in: Chehata, Y./Eis, A./Lösch, B./Schäfer, S./Schmitt, S./Thimmel, A./Trumann, J./Wohnig, A. (Hg): *Handbuch Kritische politische Bildung*. Frankfurt am Main, S. 439–448.

Weil es ums Ganze geht: Demokratie durch Teilhabe verwirklichen!



Fachkongress



Fachmesse



Europe@DJHT

18. DEUTSCHER KINDER- UND JUGENDHILFETAG
13. bis 15. Mai 2025 LEIPZIG

Präsentieren Sie sich mit Ihren europäischen Themen und Angeboten unter dem Label Europe@DJHT auf dem Marktplatz Europa – Einreichungsfrist **30.08.2024**.

Nutzen Sie die Möglichkeit, europäische Kooperationspartner*innen über das europäische Besucher*innenprogramm zum DJHT einzuladen. Informationen online oder im DJHT-Büro

Anmeldung für Teilnehmer*innen

Im November wird das Programm veröffentlicht und die Anmeldung für Teilnehmer*innen freigegeben. Die Teilnahme ist kostenfrei!

Social Media
 jugendhilfetag #djht

Mehr unter
jugendhilfetag.de

Gestalten Sie mit uns den 18. DJHT – noch bis 30.08.2024 als Aussteller*in und für das Forum Berufseinstieg bewerben!